

Europäische Politik – Ziele, Programme und Förderungen

Gerhard Rabensteiner
Präsident der European
Solar Thermal Industry
Federation (ESTIF)
KIOTO Clear Energy AG
gerhard.rabensteiner@
kioto.at

Dr. Harald Drück
Universität Stuttgart
Institut für
Therodynamik und
Wärmetechnik (ITW)
drueck@itw.uni-stuttgart.de

Auch die europäische Bevölkerung wurde besonders in den letzten beiden Jahren von den Auswirkungen des enormen Ölpreisanstiegs getroffen. Der Preis eines Barrels erhöhte sich innerhalb kurzer Zeit von 60 USD auf mehr als 140 USD, wobei beinahe täglich (spekulative) Preisänderungen in bisher unbekanntem Ausmaß stattfanden. Gemildert wurde dies lediglich durch die gleichzeitig stattfindende Abwertung des Dollars. Einkommensschwache Bevölkerungsschichten wurden von diesem inflationstreibenden Anstieg besonders stark getroffen, weil der Anteil der Heizkosten überproportional anstiegen.

Zusätzlich droht Europa bei gleich bleibender Steigerung sowohl des Energieverbrauchs, als auch der Nutzung der diversen Primärenergiequellen eine weitere Erhöhung seiner Abhängigkeit von Energieimporten von derzeit 50 % auf 70 % im Jahr 2030. Angesichts dieser Entwicklungen haben die Europäer erkannt, dass sie aus dem „Würgegriff“ der fossilen Energien entkommen müssen, um langfristige wirtschaftliche Stabilität und politische Unabhängigkeit zu schaffen.

Die Devise heißt nun, statt Erdöl aus dem mittleren Osten und Erdgas aus Russland teuer einzukaufen, sollte Europa durch innovative, intelligente Heiz-, Kühl- und Elektrizitätstechnologie unabhängig werden und lokale Arbeitsplätze schaffen. Dies wurde durch den EU-Ratsbeschluss vom März 2007 unterstrichen, in dem nicht zuletzt durch das intensive Bemühen Deutschlands, wegweisende politische Vorgaben beschlossen wurden: 20 % Energieeinsparung, 20 % Anteil der erneuerbare Energien sowie 20 % Reduktion der CO₂-Emissionen und dies alles bis zum Jahr 2020.

Im Januar 2008 hat nun die europäische Kommission ein detailliertes, auf diesen Vorgaben beruhendes, Energie- und Klimapaket

präsentiert. Eine Schlüsselrolle in diesem Paket spielt die geplante Umsetzung einer verbindlichen EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Dabei wurden zum ersten Mal die gesamteuropäischen Ziele für jedes der 27 EU-Mitgliedsländer detailliert erarbeitet und dargestellt.

Dabei fällt zweierlei auf:

1. Es gibt große Unterschiede im bisherigen Ausbau und der Nutzung erneuerbarer Energien – so beträgt deren Anteil im windreichen England derzeit nur 1,3 % vom Endenergieverbrauch, beim Spitzenreiter Schweden immerhin bereits 39,8 %. Selbstverständlich hat der Ausbau der Wasserkraft, wovon Schweden, aber auch Österreich und andere Länder, in dieser Statistik profitieren, bereits früher begonnen, jedoch ist und bleibt es letztendlich eine politische Entscheidung, wie einzelne Länder ihren Energiemix gestalten. Topografische Besonderheiten, bzw. Unterschiede in der regionalen Verfügbarkeit der erneuerbaren Ressourcen Sonne, Wind, Wasser und Biomasse können diese Unterschiede nicht, bzw. nicht ausreichend erklären.
2. Es gibt nach wie vor starke Widerstände in einzelnen Ländern gegen diese verbindlichen Ziele. Noch immer wird nicht erkannt, dass ein nachhaltig stabiles Europa auch auf einer nachhaltig stabilen Energiepolitik beruhen muss. Kurzfristige Lobbyinteressen, insbesondere der energieintensiven Industrie in enger Kooperation mit der traditionell zentralistisch, bzw. oligopolistisch organisierten Energieversorgung, führen dazu, dass erneuerbare Energie mit „teurer Energie“ gleichgesetzt wird und somit reflexartig mit dem Abzug von Arbeitskräften aus Europa in „Billigenergie-länder“ gedroht wird. Vergessen wird dabei jedoch die langfristige Perspektive einer

vermehrt autarken Energieversorgung, welche bereits in absehbarer Zeit „billiger“ sein wird als Öl, Gas oder Atom. Diese Perspektive wird auf dem Altar kurzfristiger Gewinnmaximierung geopfert.

Und genau aus diesem Grund sind unsere vom Volk gewählten politischen Entscheidungsträger gefordert, sich nicht diesem kurzfristigen falschen Diktat zu beugen. Sollten nun auch die USA die Möglichkeiten erneuerbarer Energien stärker als bisher erkennen, dann wäre zum ersten Mal in der Geschichte ein historischer Schulterchluss zwischen Europa und Amerika im weiteren Ausbau regenerativer Energieträger und in der Reduktion der Treibhausgase möglich.

Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie befindet sich nun im Co-Decision-Verfahren, in dem das EU-Parlament und auch der EU-Rat eine gemeinsame Version finden müssen. Dabei muss die Richtlinie auch durch die wesentlichen Ausschüsse des EU-Parlaments, wobei insbesondere der Industrie, Forschung und Energie-Ausschuss (ITRE) und auch der Umwelt-Ausschuss (ENVI) von großem Belang sind. Rund 1.700 Änderungsanträge sind allein an diese beiden Ausschüsse weitergeleitet worden. Dadurch verzögerte sich der Fahrplan für die Umsetzung der Richtlinie zwar ein wenig, aber dennoch herrscht Optimismus, dass eine Einigung noch vor den Europawahlen im Juni 2009 stattfinden kann. Die französische Ratspräsidentschaft hat das Klima- und Energiepaket mit hoher Priorität auf ihre Agenda gesetzt und möchte die wesentlichen Diskussionspunkte noch in ihrer Amtsperiode lösen.

Am 11. September hat der ITRE-Ausschuss über die Richtlinie beraten und dabei auch wesentliche Verbesserungen im Vergleich zum Entwurf der EU-Kommission beschlossen:

- Eine Priorität für Erneuerbare beim Zugang ins Stromnetz heißt für die Netzbetreiber, dass sie ihr Netz zur Einspeisung erneuerbaren Stroms zur Verfügung stellen müssen. Dies stellt heute in vielen Fällen noch eine wesentliche Hürde dar.
- Eine Verpflichtung zum Einsatz erneuerbarer Energien für Neu- aber auch Bestandsgebäude (im Zuge wesentlicher Renovierungen).

Dass dies ein ganz wesentlicher Baustein in diesem Klima- und Energiepaket ist, wird von der Tatsache, dass Gebäude für ca. 40 % des gesamten Energieverbrauchs in der EU verantwortlich sind, nachdrücklich unterstrichen (dieser Anteil ist höher als der des Verkehrs oder sogar der der Industrie).

- Die Mitgliedsländer können weiterhin über die für sie passenden Fördersysteme selbst entscheiden. Dies schützt die erprobten und erfolgreichen nationalen Fördersysteme, wie z. B. das EEG in Deutschland.
- Die Anerkennung von länderübergreifenden Zielerfüllungen wird nicht über Zertifikate, sondern nur durch physikalische Energielieferungen sichergestellt.
- Die Einführung von verbindlichen Zwischenzielen mit dementsprechenden Konsequenzen bei Nichterreichen dieser Ziele.

Wenn man sich den Gebäudebereich etwas näher ansieht, dann führen Kalkulationen zur Erkenntnis, dass mehr als die Hälfte des gesamten 20 %-Einsparziels des Energie- und Klimaschutzpakets allein in diesem Bereich erreicht werden kann. Insbesondere die Nutzung der aktiven Solarenergie durch heutige Technologie kann dazu einen enormen Beitrag leisten. Eine Problematik in der Marktdurchdringung der thermischen Solarenergie liegt jedoch in der enorm ungleichen Nutzung dieser Technologie in den verschiedenen Ländern Europas. Während z. B. in Österreich jährlich ca. 25 kW_{th} pro 1.000 Einwohner neu installiert werden, beträgt der vergleichbare Wert in den sonnenreichen Ländern Italien, Frankreich und Spanien jeweils weniger als 5 kW_{th}. Dies ist im Wesentlichen auf unterschiedliche politische Rahmenbedingungen und das damit zusammenhängende Umweltbewusstsein der Bevölkerung zurückzuführen. Die Technologie für ein Nachziehen der europäischen „solaren Entwicklungsländer“ sind längst vorhanden und die Firmen haben ausreichend Kapazitäten aufgebaut, um den europäischen Markt flächendeckend versorgen zu können.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Förderung der Erreichung der Klima- und Energieziele ist die European Energy Performance of Buildings Directive (EPBD), welche neben einem Mini-

mum an Energieeffizienzkriterien für neue Gebäude insbesondere auch dem Energieausweis für Gebäude europaweit den Weg ebnet soll. Diese Richtlinie sieht auch vor, dass bei der Berechnung der Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes der positive Beitrag von solarthermischen Anlagen mitberücksichtigt werden muss.

Transparenz und Information des Bürgers ist ein mächtiges Mittel, um Ziele letztendlich erreichen zu können. Ein gutes Beispiel in diesem Zusammenhang ist auch die prominente Auszeichnung des CO₂-Ausstoßes pro Kilometerleistung von Automobilen, welche zunehmend vom Konsumenten wahrgenommen wird und dadurch auch Änderungen im Kaufverhalten bewirkt. Ähnliches ist auch vom Energieausweis zu erwarten, wenn dieser eines Tages europaweit beim Mieter oder Käufer von Gebäuden als relevantes Entscheidungskriterium wahrgenommen wird.

Ein weiterer wesentlicher „Building Block“ europäischer erneuerbarer Energiepolitik ist auch die „Energy using Products Directive“, auch „Ecodesign Directive“ genannt. Sie ermächtigt die Europäische Kommission bestimmte Mindeststandards für energieverbrauchende Produkte zu setzen. So soll zum Beispiel der Standby-Verbrauch von Elektrogeräten massiv eingeschränkt werden. Darunter fallen aber auch geplante Vorschriften für Warmwassergeräte und deren Energy-Labeling. Auch diese Richtlinie könnte somit einen enormen Marktanschub für die Solarwärme und auch andere erneuerbare Energietechnologien bedeuten.

Im Technologiebereich fördert die EU insbesondere mit ihrem Rahmenprogrammen für Forschung und Entwicklung. Derzeit läuft bereits das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, welches den Zeitraum 2007 bis 2013 abdeckt und eine Gesamtdotierung von 50,5 Mrd. € aufweist. Davon wiederum entfallen im Bereich „Kooperation“ 2,4 Mrd. € auf den Teilbereich „Energie“. Solarthermische Aktivitäten beschränken sich 2008 auf das „Concerto“ Programm, welches größere kommunale erneuerbare Energie-, bzw. Energieeffizienz-Projekte umfasst. Im Jahr 2009 wird es wieder einen eigenen Aufruf im 7. Forschungsrahmenprogramm geben mit expliziten Solarthermie-Themen.

Im Nicht-Technologiebereich sticht insbesondere das Programm Intelligent Energy-Europe (IEE) hervor, in dem vor allem markt- und politiknahe Projekte gefördert werden können. Üblicherweise bedarf es bei solchen EU-Projekten mindestens drei voneinander unabhängiger Partner aus unterschiedlichen Mitgliedsländern. Die durchschnittliche Projektlaufzeit beträgt üblicherweise 2–3 Jahre. Als Förderung war bisher maximal 50 % der anerkehbaren Kosten vorgesehen, neuerdings wurde dieser Betrag auf bis zu 75 % erhöht – jeweils auf das gesamte Projekt bezogen.

Die EU muss für die Verwirklichung der 20 % Ziele alle Mitgliedsländer zu gleichen Teilen in die Aktivitäten einzubeziehen – insbesondere die Herausforderungen im Gebäudesektor auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene verstärken und effektiv koordinieren. Die FVEE-Jahrestagung leistet dazu in Deutschland, und auch darüber hinaus, einen ganz wesentlichen Beitrag.